

## Inhaltsverzeichnis

I. Der Schahbesuch 1967 – eine einleitende Vorbemerkung,	S. 5
II. Die Darstellung des Besuchs in offiziellen Medien des Landes Berlin,	S. 6
III. Die Aktionen,	S. 9
1) Die Diskussionsveranstaltung im Audimax der Freien Universität Berlin,	S. 9
a) Die unmittelbare Vorgeschichte,	S. 9
b) Die Einleitung durch Gabriele Kuby,	S. 12
c) Das Hauptreferat von Bahman Nirumand,	S. 12
d) Das Koreferat von Hans-Heinz Heldmann,	S. 16
e) Die Diskussion,	S. 18
f) Eine Bewertung,	S. 20
2) Die Kundgebung und die Demonstrationen,	S. 22
a) Die Kundgebung vor dem Rathaus Schöneberg,	S. 22
b) Der Schlauch vor der Deutschen Oper,	S. 29
c) Der Tod von Benno Ohnesorg,	S. 41
IV. Die Akteure,	S. 48
1) Der Schah und seine Anhänger,	S. 48
2) Das iranische Interesse an einem Stahlwerk und dem Ausbau des Arsenal,	S. 57
3) Bundesdeutsche Akteure,	S. 60
4) Die Situation bei der West-Berliner Polizei,	S. 61
5) Militärische Einsatzprinzipien der Polizei,	S. 75
6) Kiesinger und Albertz,	S. 80
7) Andere Akteure,	S. 82
8) Die Oppositionellen,	S. 83
a) Der SDS,	S. 83
b) Die CISNU,	S. 85
c) Die Kommune I,	S. 91
d) Andere Akteure und Einzelpersonen,	S. 98
e) Konsequenzen,	S.100
V. Erklärungen,	S.104
1) Linker Faschismus,	S.104
2) Die Drahtziehertheorie Nr. 1: Zwei Profs und eine Sechserbande waren die Übeltäter,	S.109
3) Noch ein „Drahtzieher“: Herbert Marcuse als Ideengeber,	S.111
4) Die DDR und der 2. Juni 1967,	S.117
a) Ein Auftragsmord des MfS?,	S.117
b) Die Annäherung von DDR und Iran,	S.122
5) „Stamokap“ als der Hintergrund?,	S.131
6) Prä-Faschismus, Faschismus oder Sozialfaschismus?,	S.135
7) Autoritärer und antiautoritärer Charakter: Begriffe,	S.141

8) Wertewandel: Ingleharts Theorie,	S. 142
9) „Autoritäres Potential“ und „Gegentendenzen“: Statistische Überlegungen,	S. 150
10) Intergenerationeller Konflikt und Jugendkultur,	S. 153
11) Das Genderthema,	S. 167
12) Verselbständigte Exekutive,	S. 172
13) Eine „Verschwörung“ der Polizei?,	S. 175
14) Noch ein Vertuschungsversuch - nur von was?,	S. 178
15) und 16) Eine prowestliche Entwicklungsdiktatur hat ein Problem,	S. 182
17) Der „Clan der Kannibalen“ hat ein Problem– was er ist und wie er zu integrieren suchte,	S. 186
18) Der Schah als „Taghut“ – die islamistische Kritik,	S. 193
19) Ethnizität und Teymour Bakhtiar,	S. 199
 VI. Zusammenfassung,	 S. 214
VII. Ausblick,	S. 228
VIII. Biografische Informationen,	S. 230
IX. Anmerkungen,	S. 242

(...)

## a) Einleitung durch Gabriele Kuby

Die Veranstaltung <sup>23)</sup> wurde eingeleitet durch einen Beitrag des damaligen Astamitgliedes Gabriele Kuby <sup>24)</sup> (Tochter von Erich Kuby, später Schriftstellerin und Publizistin, die zum römisch-katholischen Glaubensbekenntnis konvertierte). Kuby verwies darauf, dass die Veranstaltung ein „unfreundlicher Akt“ gegen das „Licht der Arier“, seine „Hoheit Schah Mohammed Reza Pahlewi“ sei, der von seinem Volk geliebt werden wolle. Die Bundesrepublik, das Auswärtige Amt und der Berliner Senat hätten hierfür anscheinend Verständnis. Sie hätten nämlich versucht, eine Verschiebung der Veranstaltung durchzusetzen, weil sonst der Schah aus Verärgerung über die Veranstaltung seine geplante Reise in die Bundesrepublik absagen und Iran in der Uno gegen die Aufnahme der Bundesrepublik stimmen könne. Der Asta wäre dann – so ein Pressesprecher des Senats – mitschuldig, wenn die DDR in die Uno käme. Der Asta, so Kuby mit offensichtlichem Stolz über diese „provozierende“ Herausforderung des damaligen „Establishments“, habe sich jedoch für die Durchführung der Veranstaltung entschieden.

Anschließend habe es jedoch Probleme gegeben: Erstens war die iranische Botschaft nicht bereit mitzudiskutieren. Zehnmal habe man angefragt. Erklärt wurde dann: man habe nichts mit der Veranstaltung zu tun. Zweitens lehnte ein Ministerialdirektor des BMZ eine Beteiligung ab, weil seine Teilnahme als eine amtliche Teilnahme eines Vertreters der Bundesregierung verstanden werden müsse. Und drittens sagten Teilnehmer, die bereits zugesagt hatten, wieder ab. Ein Mitarbeiter des Instituts für Entwicklungspolitik und der Islamwissenschaftler Dr. Steppat machten ursprüngliche Zusagen rückgängig. Herr Dr. Steppat begründete seine Absage damit, dass die Veranstaltung eine politische Demonstration gegen das Staatsoberhaupt Persiens werden müsse. Aus diesem Grunde sei er genötigt, um Verzicht auf Teilnahme zu bitten. Eine Absage habe aus anderen Gründen wirklich leidgetan. Herr Hans Magnus Enzensberger hatte ursprünglich fest zugesagt, an der Veranstaltung teilzunehmen, auf wessen Seiten sei klar. Er habe dann ein Visum bekommen nach Moskau und es für wichtiger befunden, dorthin zu fahren - was man ihm nicht übel nehmen könne.

Der Asta habe nichtsdestotrotz entschieden, die Veranstaltung durchzuführen. Hauptreferent sei Bahman Nirumand, der gerade einen Rororo-Aktuell-Band über Persien veröffentlicht habe. Ein zweites Referat komme von Hans-Heinz Heldmann. Geleitet werde die Diskussion von Ekkehart Krippendorff – dem sie hierfür danke. (K. machte abschließend auch darauf aufmerksam, dass der Berliner Senat anscheinend nicht beabsichtige, polizeistaatähnliche Zustände in Berlin einzuführen. Zwar hätten persische Kommilitonen einen blauen Brief bekommen, mit der Aufforderung, sich in einer dringenden persönlichen Angelegenheit zur Polizei zu begeben. Als sie dann zur Polizei gingen, wären sie auf nichts Anderes aufmerksam gemacht worden, als dass sie doch bitte kein Attentat auf den Schah unternehmen möchten. Die politische Betätigung der persischen Kommilitonen sei nicht eingeschränkt worden.)

## b) Das Hauptreferat von Bahman Nirumand

Bahman Nirumands Referat <sup>25)</sup> bestand aus zwei Teilen. Im ersten Teil setzte er sich kritisch mit den „internationalen Beziehungen“ der damaligen Zeit auseinander. Die Kritik erfolgte von theoretischen Positionen her, die durch eine Auseinandersetzung mit marxistischer Literatur und der Dependencia-Theorie geprägt waren – aber durchaus eigenständige Ansätze aufwiesen. So versuchte er einleitend eine politische

Philosophie der Herrschenden herauszuarbeiten. Er verwies auf ein Gespräch des - so seine Bezeichnungen – „Britten Churchill“ mit dem „Russen Stalin“ 1943 in Teheran. Die Beherrschung der Welt, habe dabei Churchill gesagt, müsse befriedigten Nationen anvertraut werden, die für sich selbst nichts mehr wünschten, als sie schon besäßen. Wäre die Weltregierung in den Händen hungernder Nationen, so befänden sich die befriedigten Nationen in dauernder Gefahr. Sie glichen den reichen Leuten, die in Frieden ihre Häuser bewohnten.

Nirumand bezeichnete die Verhältnisse in den „armen Ländern“ und die dort stattfindende Dekolonisation als „Neokolonialismus“, der eine „Fortsetzung des Imperialismus mit anderen, adäquateren Mitteln“ darstelle, eine „subtilere Form des klassischen Kolonialismus“ sei. Es gebe allerdings eine Ablösung „martialischer Terminologie“: Der heutige Bürger sympathisiere mit John F. Kennedy, nicht mit Kongo-Müller. Und wenn die Gewalt zu deutlich sichtbar werde, ziehe sofort das Heer der Liberalen auf die Straße. Dem lägen „strukturelle Veränderungen“ im Imperialismus zugrunde. In der Epoche der Eroberungen und des frühen Kolonialismus ging es um die gewaltsame Aneignung von Gütern und Dienstleistungen. Im klassischen Imperialismus trat infolge der Produktivitätssteigerung und eines Überschusses an anlagebedürftigem Kapital die Notwendigkeit in den Vordergrund, Rohstoffe aus den vorindustriellen Ländern zu importieren und Fertigwaren, für die im eigenen Lande nicht genügend Kaufkraft vorhanden war, dort abzusetzen. Zudem musste Kapital exportiert werden.

An der Substanz eines Abhängigkeits- und Unterdrückungsverhältnisses habe sich jedoch nichts geändert. Mit der westlichen Definition von Freiheit und Demokratie sei die Förderung und Akzeptierung von Diktatoren wie Batista und Trujillo vereinbar, die Politik der Apartheid in der südafrikanischen Republik und die Ermordung Hunderttausender von Kommunisten in Indonesien, während das westliche Gewissen jedes Mal empfindlich schlug und nach Intervention verlangte, sobald in der Dritten Welt ein national und sozial eingestellter Führer an die Macht kam wie Arbenz in Guatemala, Mossadegh in Iran oder Fidel Castro in Kuba - die alle entschlossen waren, die natürlichen Ressourcen ihres Landes zu verstaatlichen und der Ausplünderung durch ausländische Kapitalgesellschaften zu entziehen. Dieser Teil des Referats – der auf den ersten Blick keinen Bezug zum Iran hatte - löste bei einigen Teilnehmern offensichtlich zwiespältige Gefühle und Einschätzungen aus. Es wurde zwischendurch „Thema!“ und „Buh“, außerdem am Schluss auch „Aus“ gerufen. Gleichzeitig gab es jedoch auch Zustimmung in Form von rhythmischem Klatschen.

Nirumand, der gerade das Buch *„Persien - Modell eines Entwicklungslandes oder die Diktatur der Freien Welt“* <sup>26)</sup> publiziert hatte, setzte sich im zweiten Teil des Referats dann ausgesprochen kritisch mit dem Schahregime in Iran auseinander. Er verwies einleitend darauf, dass 1953 durch einen CIA-Putsch die vom Volk gewählte und getragene Regierung Mossadegh gestürzt worden war. Diese für viele Westeuropäer kaum glaubhafte Information wurde nach der Jahrtausendwende durch Aktenpublikationen mehrerer, amerikanischer Archive im Kern bestätigt. <sup>27)</sup>

Die Ziele der Mossadeghschen Politik (wie stabiles wirtschaftliches Wachstum und die Etablierung demokratischer und rechtsstaatlicher Verhältnisse) hätten vollkommen dem deklarierten Programm der westlichen Außenpolitik für die unterentwickelten Länder entsprochen.

*Bild: Bahman Nirumand während seines Vortrags am 1.6.1967 im Audimax*



Eine Unterstützung habe es jedoch nicht gegeben. Die Vorstellung, dass das persische Öl den Persern gehören solle, wies man mit Entrüstung von sich und begegnete ihrer Realisierung mit Repressionen. Nach dem Putsch wären Mitglieder der Regierung Mossadegh vor Gericht gestellt worden. Einige von ihnen wurden zum Tode verurteilt; tausende von Anhängern der Nationalen Front wurden verfolgt; über 100 Offiziere der iranischen Armee als Kommunisten hingerichtet; Journalisten, Schüler, Studenten und Professoren, die sich dem Ausverkauf der persischen Souveränität zu widersetzen wagten, wurden zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt und einige von ihnen heimlich ermordet.

Der Vertrag mit den ausländischen Erdölgesellschaften – so Nirumand - wurde zu deren Gunsten revidiert. Unabhängig von den Abmachungen für das Konsortium seien seit 1954 neun Verträge mit ausländischen, vorwiegend amerikanischen Ölgesellschaften abgeschlossen worden. Die darin zur Verfügung gestellte Fläche von 75.000 km<sup>2</sup> habe sich mit der des Konsortiums zu einer Gesamtfläche von 333.000 km<sup>2</sup> addiert. D.h. rund einem Fünftel der Bodenfläche des Iran. Auf die von Mossadegh angestrebte Industrialisierung des Landes, vor allem auf den Aufbau einer soliden Schlüsselindustrie, sei zu Gunsten von unproduktiven Repräsentationsprojekten und der Förderung der Verbrauchsgüterindustrie verzichtet worden. Die Investitionen persischer Unternehmer beschränkten sich auf Objekte, die

sich kurzfristig rentierten wie z.B. auf die Nahrungs- und Genussmittelproduktion sowie die Textilindustrie.

Die Bodenreform des Schahs wäre eine „Show“ gewesen. Drei Viertel des Landes wäre in den Händen der Großgrundbesitzer verblieben. Nur ein Viertel, und zwar das schlechteste Viertel des anbaufähigen Bodens, sei in bäuerlichen Besitz gekommen. Mit dem Besitz des Bodens gewinne der Bauer zusätzlich zu seiner Arbeitskraft eine zweite Produktionseinheit hinzu, und damit den Anspruch auf ein weiteres Fünftel der Ernte. Die anderen Einheiten: Wasser, Saatgut, Zugvieh und Geräte würden weiterhin von dem Grundherren gestellt, dem dadurch selbst in den von der Reform betroffenen Gebieten der überwiegende Teil des Ernteertrags zufließe. Dass die Reform den Bauern Selbständigkeit gebracht hätte, sei also eine Farce. Der Bauer bleibe abhängig. Zudem müsse er den Landgewinn mit finanziellen Belastungen bezahlen. 15 Jahre lang habe er das Geld für den Boden in Raten abzuzahlen. 10% für Zinsen und eine Verwaltungsgebühr in Höhe von 1% kämen hinzu.

Scharf und schneidend – und für viele direkt erschütternd – wurde dann die Kritik an den katastrophalen sozialen Binnenverhältnissen des Irans. Eine Begebenheit aus dem Jahre 1963, so Nirumand, demonstriere die Situation. 100 Polizisten hieben auf 1000 Menschen in einer Erdaushebung ein, die dort Unterschlupf gefunden hatten. Grund: das Loch lag in der Nähe derer, deren ästhetisches Empfinden nicht länger durch den Anblick dieses Schmutzfleckes gestört werden sollte. *„So wurde der Schandfleck entfernt – mit dem Knüppel.“*<sup>28)</sup> Ein US-Senator berichtete 1958 folgendes: *„In Tabris (...) begegneten wir einer Armut, wie wir sie bisher noch nirgendwo in der Welt gesehen hatten. (...) Ich besichtigte eine Teppichknüpferei, in der 800 Menschen arbeiteten, davon waren 600 Kinder zwischen 6 und 14 Jahren.“*<sup>29)</sup> Keyhan berichtet im gleichen Jahr über Balutschestan und Mehran, dass 80% der dortigen Bevölkerung an erblicher Syphilis litten. Die Reporter kamen in ein Dorf, dessen sämtliche Bewohner durch Trachom erblindet waren. Die Reporter berichteten auch: *„In Mehdiabad weichen die Bauern Stroh in Wasser auf, um sich davon zu ernähren.“*<sup>30)</sup> Die Balutschen schrieb Keyhan weiter, äßen den größten Teil des Jahres Pflanzenwurzeln und Dattelkerne. Bei der Bekämpfung von Heuschrecken vor Teheran stießen Beamte auf heftigen Widerstand der Einheimischen, die sich nicht ihr Hauptnahrungsmittel nehmen lassen wollten. Epidemien würden auch durch unzureichende sanitäre Verhältnisse gefördert. In vielen Dörfern und Städten gebe es nur ein Wasserbecken, dessen Wasser oft monatelang nicht gewechselt wird, als Bad für alle. Hinzu komme: Die Säuglingssterblichkeit sei sehr hoch. Sie liege bei 50%.

Geld für das Militär sei allemal vorhanden, Geld für die Bildung nicht. Es fehlten 15000 Lehrer. Nur ein Zehntel der Bewerber komme auf die Hochschulen. Für Professoren und Lehrer sei absolut zentral die Loyalität gegenüber dem Regime. Sollte die Loyalität zu wünschen lassen, müsse man mit Entlassung rechnen. Auf dem gesamten Universitätsgelände, über alle Hörsäle verteilt, versuchten Spitzel die Studenten auszuhorchen, und im Falle des leisesten Verdachts zu denunzieren.

Verboten seien alle Arten von Studentenorganisationen politischer oder fachlicher Art. Verboten sei auch die Herausgabe von Studentenzeitungen. Publikationen wissenschaftlicher Art, Dissertationen, Habilitationen bedürften einer Drucklizenz des Staatssicherheitsdienstes.

Er, Nirumand habe nach seinem Studium in der Bundesrepublik eine Dozentur für vergleichende Literaturwissenschaft und Geschichtsphilosophie in Iran erhalten. Als er

begonnen habe, neben den üblichen Vorlesungen, auch Seminare und Diskussionen abzuhalten, wären seine Fächer kurzerhand vom Lehrplan gestrichen worden. Außerdem wäre er zum Militärdienst eingezogen worden. Die Armee des Wissens sei in erster Linie eine Armee des Schahs. Werde ein Offizier, ein Staatsmann oder ein Geistlicher zu populär, werde er ins Gefängnis oder ins Exil geschickt, weil Popularität Macht bedeute und Macht als Staatsgefährdung ausgelegt werde.

Current History, eine amerikanische Zeitschrift, habe die Situation wie folgt zusammengefasst: *„Wir Amerikaner befinden uns Persien gegenüber in einem Dilemma: Auf der einen Seite können wir die Regierungsmethoden, wie der Schah sie schon jetzt ausgiebig praktiziert, nicht gutheißen. Andererseits wissen wir aber, dass heute die einzige Alternative im Iran eine Volksrepublik ist, die wir noch weniger zulassen können. (...) Es ist von größter Wichtigkeit für den Westen, dass Persien im westlichen Lager bleibt, und deshalb muss der Schah bleiben.“* <sup>31)</sup>

Dieser Teil des Referats, der für viele Deutsche wahrscheinlich ein Informationsbedürfnis abdeckte und gleichzeitig das offizielle Pressebild des Irans, in dessen Mittelpunkt ganz andere Themen standen, einer ausgesprochen kritischen Revision unterzog, wurde kaum unterbrochen. Nur ziemlich am Schluss ist auf dem Tonbandmitschnitt rhythmisches Klatschen zu hören. Außerdem erfolgten Rufe. Teilnehmer der Veranstaltung sagen, dass zu diesem Zeitpunkt eine Unterbrechung erfolgte: Plötzlich wären auf der Bühne hinter dem Rednerpult Spruchbänder gegen den Schah gezeigt worden. Die Aufschriften der Transparente lauteten: Freiheit für die Universität Teheran, Schluss mit der Folterung der Gefangenen, Nieder mit dem Militarismus in Persien, Auflösung der Militärdiktatur.

Anschließend gab es dann das Koreferat von Hans-Heinz Heldmann, <sup>32)</sup> einem Rechtsanwalt, der sich auf Ausländerrecht spezialisiert und gerade für Amnesty International an einem Prozess gegen 14 Angeklagte in Iran teilgenommen hatte (Heldmann wurde später übrigens Verteidiger von Andreas Baader).

#### c) Das Koreferat von Hans-Heinz Heldmann

Heldmann verwies einleitend darauf, dass in der Bundesrepublik die Perserjagd begonnen habe. Die Behörden demonstrierten, was man mit dem neuen Ausländergesetz von 1965 alles machen könne. Am einfallreichsten sei die Landeshauptstadt München gewesen. Die habe nämlich 107 Kommilitonen, iranischen Kommilitonen, eine Verfügung zugestellt, oder jedenfalls zustellen wollen, wonach diese Kommilitonen verpflichtet seien, während vier Tage München, ihren Wohnsitz, ihre Arbeitsplätze, ihre Geschäfte, Oberbayern und Mittelfranken zu verlassen, auf eigene Kosten irgendwo hin zu reisen und sich dort regelmäßig bei den Polizeibehörden während dieser vier Tage zu melden. Dass sei sicher höchst originell, aber kaum rechtmäßig. <sup>33)</sup>

Er habe in Iran an einem politischen Strafprozess teilgenommen. Strafjustiz sei für kein Land ein Ruhmesblatt, auch für die Bundesrepublik nicht. Gleichwohl gebe es bestimmte Kriterien, nach denen man unterscheiden könne, ob politische Strafjustiz noch rechtsstaatlich ist oder ob sie allein Mittel zum Terror sei. Er denke dabei an die Bestimmtheit der Straftatbestände, an den Anlass und den Umfang ihrer Anwendung, an die Ermittlungsmethoden, an die Freiheit der Verteidigung, an die Waffengleichheit

zwischen Anklage und Verteidigung, an die Gerichtsbarkeit, an die Öffentlichkeit des Verfahrens und an die Presseberichterstattung.

Angeklagt waren in dem Verfahren, an dem er teilnahm, 14 Personen, darunter Parwiz Nikkah. Vorgeworfen wurde ihnen 1. eine Konspiration gegen die verfassungsmäßige Ordnung des Irans, 2. ein Mordkomplott gegen den Schah. Laut Heldmann wiesen das Ermittlungsverfahren und der Prozess schwere Mängel auf:

*„- Die Angeklagten sind alle während des Untersuchungsverfahrens zum Teil schwerstens gefoltert worden.*

- *Sie sind während der Vernehmungen nackt an die Wand gestellt und ausgepeitscht worden.*
- *Auf ihren Rücken und auf den Armen sind brennende Zigaretten ausgedrückt worden.*
  - *Sie haben Elektroschocks erhalten.*
  - *Mindestens einer ist an den Füßen aufgehängt worden.*
  - *Mindestens einem hat man Flaschen in das Rektum eingeführt.*
  - *Mindestens einem hat man Stacheldraht um die bloßen Beine gezogen.*
  - *Man hat ihnen mit heißen Eisen Wunden in die Beine gedrückt.*
- *Einer ist durch ein andauerndes, starkes Massieren eines Nervenstrangs an der Schulter bis zur Bewusstlosigkeit gequält worden und anschließend – nach einer etwa 24-stündiger Tortur – dem Schah zur Abgabe eines Geständnisses vorgeführt worden.*
  - *Daneben hat es vielfältige Arten von psychischem Zwang gegeben.“<sup>34)</sup>*

Kurz: Es war physisch und psychisch gefoltert worden.

Darüber hinaus war das Gericht, vor das die Angeklagten gestellt wurden, ein Militärgericht. Öffentlichkeit wurde nur teilweise hergestellt. Außerdem waren die Verteidiger hohe Offiziere. Sie besaßen keine volljuristische Ausbildung, sondern ihre juristische Ausbildung war auf die militärrechtliche Ausbildung beschränkt gewesen. Die Verteidiger hätten – so der Eindruck von Heldmann - versucht, das Beste für ihre Mandanten herauszuholen, aber sie seien sehr behutsam vorgegangen. Das mussten sie. Militärs, die ein Jahr zuvor vor einem Gericht Angeklagte der Iranischen Nationalfront verteidigt hatten, wären hinterher wegen einer Propaganda gegen den Iran und der Beleidigung des Schahs angeklagt worden. Heldmann: *„Die Offiziere sind verurteilt worden. Sie sitzen noch heute in den Gefängnissen und warten auf ihr Berufungsverfahren.“<sup>35)</sup>* Die Verteidiger in diesem Prozess gegen Nikkah und Genossen mussten ein ähnliches Schicksal befürchten.

Die Presseberichterstattung war ebenfalls behutsam. Wieder Heldmann: *„Es wird behauptet, sie sei zensiert. Dem Prozessbeobachter war erkennbar, dass zumindest in der Presseberichterstattung die Gewichte nicht gleichmäßig verteilt (...) waren. Die Anklage ist in der Presse ganzausführlich und mit allen Nebensächlichkeiten zu Wort gekommen, nicht so die Verteidigung.“<sup>36)</sup>* So wurde beispielsweise darüber berichtet, dass bestimmte Angeklagte nicht auf dem Boden des islamischen Glaubens ständen. Auch durften bestimmte Kritiken der Angeklagten an dem Verfahren nicht an die Öffentlichkeit gebracht werden. Das betraf vor allem den Vorwurf der Folter.

Belegt wurde in dem Verfahren - aus Heldmanns Sicht - lediglich, dass die Angeklagten gemeinsam in Großbritannien studiert hatten, und dass nach der Rückkehr in den Iran ein Zusammenhang zwischen ihnen existiert hatte. Als Beleg für

die Konspiration gegen die verfassungsmäßige Ordnung des Irans dienten handschriftliche Notizen Nikkajs, auf die der Mitangeklagte Mansuri seine Zustimmung geschrieben hatte. Im Verfahren stellte sich laut Heldmann allerdings heraus, dass dies nachträglich geschehen war, und zwar in der Haft. Charakteristisch für das Gesamtverfahren waren folgende Aussagen der Anklage: Politik sei nicht die Sache der Angeklagten. Sie seien zum Studieren im Ausland gewesen. Andere sollen sehen, auf was für eine Weise sie bestraft würden, damit sie verstünden, dass das, was sie gemacht hatten, falsch gewesen war. <sup>37)</sup>

Ein hoher Beamter in einem Ministerium in Teheran habe ihm auf seine Frage nach den politischen Hintergründen dieses Prozesses erklärt: *„Der Iran ist das reichste Land des Vorderen Orients. Er ist darum das gefährdetste Land. Unsere Studenten, insbesondere die im Ausland, müssen jetzt sehen, dass es gefährlich ist* (Heldmann brachte dann den Hinweis, dass er wörtlich zitiere): *„Dass es gefährlich ist, mit dem Feuer zuspieren.““* <sup>38)</sup>

Resultat des Ganzen: Es gab 14 Angeklagte. Drei wurden zu kurzfristigen Strafen verurteilt. Diese waren 1967 wieder frei, allerdings ohne Arbeit und ohne die Möglichkeit zur Ausreise. Zwei der Angeklagten wurden zum Tode verurteilt, darunter der Hauptangeklagte Nikkah. Anschließend erfolgte eine Umwandlung dieser Strafe in eine lebenslange Haftstrafe durch den Schah. Die anderen Angeklagten erhielten Strafen von einem bis 30 Jahren Haft. (Man muss hinzufügen, dass der Hauptangeklagte Nikkah, der nach späteren Angaben seiner Genossen eine neue kommunistische Partei aufbauen wollte, nach einem persönlichen Gespräch mit dem Schah die Fronten wechselte. Er widerrief seine früheren politischen Positionen und betätigte sich ab 1967 als Propagandist des Schahregimes. 1979 wurde er kurz nach der Revolution zweimal von revolutionären Gruppen verhaftet. Das erste Mal kam er schnell wieder frei, da er sich ausschließlich in propagandistischem Sinne betätigt hatte. Das zweite Mal wurde er vor ein Revolutionsgericht unter Leitung des Richters Khalkhali gestellt. Dieser verurteilte ihn allein wegen seiner Propagandatätigkeit für den Schah zum Tode. Nikkah wurde im Anschluss an das Urteil sofort erschossen.) <sup>39)</sup>

#### d) Die Diskussion

Die Diskussion <sup>40)</sup> verlief sehr kontrovers. Der Diskussionsleiter Ekkehart Krippendorff verwies einleitend darauf, dass eine „missliche“ Situation bestehe, da die Gegenseite nicht gekommen sei. Er schlage deswegen vor, kurze Fragen an Nirumand zu stellen und begrenze die Diskussionszeit auf zwei Minuten. An diesen Vorschlag hielten sich allerdings nur wenige. Es gab offensichtlich ein Bedürfnis nach eher grundsätzlicher Diskussion. Durch Zwischenrufe, Pfui-, Buh-Rufe und Getrampel wurde außerdem öfter versucht, Redner zu unterbrechen bzw. die Redner zu veranlassen, aufzuhören. Nur mit Mühe gelang es, eine gewisse Ordnung aufrecht zu erhalten. Nirumand und der Diskussionsleiter Krippendorff intervenierte deswegen mehrmals, auch andersdenkende Teilnehmer aussprechen zu lassen.

Mindestens drei Spektren stellten Positionen in den Raum. Erstens gab es zwei grundsätzliche Stellungnahmen aus dem „christlichen Spektrum“, zweitens zwei unterschiedliche, und sich in gewisser Weise widersprechende Beiträge aus dem antiautoritären Spektrum des SDS und schließlich zwei Beiträge aus dem Spektrum der „Pro-Schah-Anhänger“.

Eine erste Grundsatzkritik kam von dem Arzt Dr. Arndt Bischoff. Dieser verwies zunächst darauf, dass es viele kritische Bücher über den Iran gebe, außer Nirumands Buch z.B. das von Troeller. Dann sprach er das große Potential Irans an, das sich schon in den Aktivitäten der alten Perser gezeigt habe, von denen Ferdinand Justi berichtet habe. Justi sage: Wenn man die Tugend der alten Iraner sehen wolle, müsse man sich die Perser angucken, die vor den Mohammedanern nach Indien geflohen seien. Das habe er gemacht. Dort in Indien wäre Hervorragendes geleistet worden, z.B. in Jamshedpur in einer persischen Stadt beim Bau von Mercedes-Fahrzeugen. Außerdem widersprach Bischoff Nirumands These von einer nationalen Einheit Irans: Er habe als Arzt im Iran gearbeitet. Dort gebe es viele Völker und Volksstämme, z.B. die Balutschen und Kurden, die andere Sprachen als die Perser sprächen. Schließlich verwies er darauf, dass es in Iran alte Völker wie die Armenier gebe, die lange vor der muslimischen Eroberung Irans dort gelebt hätten und die heute als „Ausländer“ abgewertet würden, obwohl sie doch die eigentlichen Urbewohner Irans wären. Hinzu komme: Persien krepriere nicht. Es gebe es einen langsamen Aufbruch in Iran, der allerdings gebremst werde. Gebremst werde jedoch nicht vom Schah, sondern durch das, was Justi gesagt habe.

Da diese vierte Anmerkung vielen missfiel (sie widersprach offensichtlich dem sich allmählich „links“ orientierenden Zeitgeist), wurde an diesem Punkte „Buh“ gerufen und durch andere Unmutsäußerungen unterbrochen: Damit entfiel die Rückfrage an Bischoff, wen und was er eigentlich angesprochen hatte. Und leider gab es anschließend auch keine Bemühungen, sich im Einzelnen kritisch mit seinem Beitrag auseinanderzusetzen. M.E. hätte gerade diese Diskussion sehr spannend werden können, da sie von ganz verschiedenen Positionen aus erfolgt wäre. Eine zweite, allerdings zustimmende Kritik, kam von einem (Herrn König oder König), der für ein Kinderhilfswerk in Iran gearbeitet hatte. Herr König (?) stellte sich als Persienkenner vor, der das Land in alle Richtungen bereist hätte. Vieles von dem, was Nirumand vorgetragen hatte, war für ihn Wahrheit. Er wandte sich allerdings dagegen, in reinen Negativismus zu verfallen. Sein Credo war: Kritik ist gut; besser machen noch besser. Er habe persönlich erlebt, dass, wenn etwas mit dem Herzen gemacht werde, eine Menge in Iran getan werden könne. Bitte opponieren Sie, aber helfen Sie auch mit - lautete die Schlussfolgerung.

Zwei Beiträge, in denen sich die spätere Spaltung des antiautoritären Spektrums in verschiedene Richtungen, Lager und Sekten andeutete, gab es ebenfalls. Der erste Beitrag stammte von Christian Semler, einem späteren „Mitbegründer“ der KPD/AO (Kommunistische Partei Deutschlands/Aufbau Organisation) sowie anschließendem TAZ-Redakteur. Semler verlas ein Kommuniqué der tschechoslowakischen Rude Pravo, in dem die Reformbestrebungen des Schahs positiv bewertet wurden. Außerdem forderte er indirekt zu einer Demonstration vor der tschechoslowakischen Militärmission in Berlin auf. Anzumerken bleibt, dass dieser Kurzbeitrag noch nicht die vorrangige Orientierung gegen den sowjetischen Sozialimperialismus – als dem Hauptfeind der Menschheit – aufwies, mit der die KPD/AO ab 1975 agitierte. Aber es deutete sich hier bereits eine kritische Position gegenüber UdSSR und deren Vasallenstaaten an, die von vielen anderen Spektren des SDS nicht geteilt wurde.

Dies kam in einem zweiten Beitrag zum Ausdruck. Dieser stammte von Rudi Dutschke, einem charismatischen Redner des SDS, der damals zunehmende Bedeutung gewann. (Dutschke wurde 1968 durch den Attentäter Bachmann niedergeschossen. Nach der Wiedergenesung lebte er u.a. in Dänemark und beteiligte sich ab 1977/78

an den Gründungsdiskussionen der Grünen.) Dutschke, der damals öfters mit ausgesprochen radikalen Positionen aufwartete, plädierte für ein höheres Niveau der politischen Aktionen. Er fragte: *„Welche Hemmungen sind in uns, die es uns verunmöglichen, die Hilfe für die Befreiungskräfte in Vietnam wirksamer werden zu lassen? Wann endlich entfalten wir eine expansive (Unterbrechung) Desertionswelle in der US-Armee? Wann endlich, meine Damen und Herren, sehen wir uns die Fabriken in Frankfurt, München und Westberlin genauer an, die Tag für Tag chemische und elektronische Materialien nach Vietnam und Persien schicken? Warum beantworten wir die Notstandsübungen der staatlichen Gewaltmaschine, wie sie gerade gegenwärtig angesichts des Schahbesuchs praktiziert werden, (...) nicht mit Notstandsübungen von „unserer“ Seite.“* Außerdem plädierte er dafür, am morgigen Tage, dem 2.6.1967, den Protest gegen den Schah massiv zur Geltung zu bringen. Was damit genau gemeint war, war unklar. Ziemlich unvermittelt findet sich am Schluss seines Beitrages dann der Satz: *„Das erfolgreiche Attentat ist der Beginn der sozialen Revolution in Persien.“*<sup>41)</sup>

Zwei weitere Beiträge, ziemlich am Schluss der Diskussion, beinhalteten Plädoyers zugunsten des Schahregimes. Ein Herr Tadschbachsch lobte die Reformen des Schahregimes und plädierte dafür, Kritiken nicht für Propagandazwecke zu missbrauchen. Als aus dem Publikum Unmut geäußert wurde – T. brachte keine konkreten Argumente, die sich auf vorherige Kritiken einließen -, außerdem: Savak raus gerufen wurde, gab es im Podium eine Kurzdiskussion, wie weiter zu verfahren sei. Krippendorff wollte T. nicht weiter sprechen lassen, da dieser einen vorformulierten, mit Schreibmaschine geschriebenen Text als Diskussionsbeitrag verlas. Er gab deshalb das Schlusswort an Nirumand. Dieser plädierte dann dafür, dass T. doch noch zu Ende sprechen konnte - was dann geschah.

Anschließend sprach der CDU-Abgeordnete Schmitz, der kurz zuvor die Gründung einer Deutsch-Iranischen Gesellschaft bekannt gemacht hatte, die über Iran informieren wollte. Er beschwerte sich über die Diskussionsmethoden, ohne diesen Vorwurf näher zu begründen. So nahm er in inhaltlicher Hinsicht zu dem, was Nirumand und Heldmann vorgetragen hatten, keine Stellung. Außerdem brachte er das „Audiatur et altera pars“ – Argument. Es gebe in Berlin viele Iraner, von denen nur ein Teil anwesend sei. Die Hörer sollten nicht „krakeelen“, sondern auch die Argumente der anderen Seite bedenken.

#### e) Eine Bewertung

Bei einer Bewertung muss folgendes berücksichtigt werden: Die Intentionen der Veranstalter und der Diskussionsleitung orientierten sich offensichtlich an der britischen Tradition des „Fair-Play“: D.h., dass es die grundsätzliche Bereitschaft zum Hören und der Auseinandersetzung mit der Gegenseite gab. So erklärte Gabriele Kuby in ihrem einleitenden Beitrag, dass der Asta stolz gewesen wäre, wenn Regierung und Opposition miteinander diskutiert hätten. Und in der Diskussion konnten auch ausgesprochen scharfe Kritiker (wie etwa der Arzt Arndt Bischoff und Verteidiger des Schahregimes) sprechen. Allerdings gab es ein grundsätzliches Problem, auf das der Diskussionsleiter Ekkehart Krippendorff einleitend hinwies: Die Gegenseite, die eingeladen war, war nicht gekommen. Außerdem zeigten viele Einzelbeiträge, dass es einem großen Teil der Diskutanten nicht mehr um Auseinandersetzung, sondern um etwas Praktisches ging, nämlich die Frage, wie der Protest gegen den Schah zu organisieren wäre. Von daher könnte man die Gesamtveranstaltung – wie im Beitrag

des Abgeordneten Schmitz am Schluss der Veranstaltung angedeutet - als Formalität abtun, bei der es eigentlich um etwas anderes ging, nämlich das „Krakeelen“. Hiergegen sprechen zwei (bzw. drei) Argumente: Erstens kann der „Ausfall“ der anderen Seite kaum dem Asta, den Diskutanten sowie der Diskussionsleitung angelastet werden. Dies muss eher als typisches Resultat der Politik des Adenauerstaates gewertet werden. Denn der hatte ein sehr eigenes Verhältnis zu Grundsatzdiskussionen. Wenn die „oben“ sagten, es wird nicht diskutiert, dann wurde auch nicht diskutiert. Und das hieß dann konsequenterweise, dass alle staatlichen Stellen, die ja ursprünglich eine Bereitschaft zur Diskussion und ihre Teilnahme zugesagt hatten, abzusagen hatten. Das dadurch die Diskussion ein Schiefgewicht nach „links“ haben musste, stellte ein logisches Folgeprodukt der eigenen Politik dar. Zweitens ist die Bereitschaft zur Debatte und Auseinandersetzung durchaus glaubwürdig. Ein Teil der Teilnehmer versuchte zwar, Beiträge, die nicht passten, durch Zwischenrufe, Getrappel und „Buhen“ zu behindern. Aber es waren die Kritiker des Schahregimes, die in dieser Situation mehrmals für das Recht der anderen Kritiker, ihre Meinung sagen zu dürfen, plädierten. Dass dies keine Formalität sein dürfte, zeigt sich unter anderem daran, dass Nirumand auf das eigene Schlusswort verzichtete, und stattdessen einen Verteidiger des Schahregimes sprechen ließ, vielleicht aus der Überlegung heraus, dass der sich ganz von selber demontieren werde – was dann ja tatsächlich eintrat. Der Perser T. beendet seinen Pro-Schah-Beitrag, ohne mit einem einzigen Wort auf die konkreten Kritiken von Nirumand und Heldmann einzugehen. Aber es hätte ja auch anders kommen können. Und das hätte ja dann ein (unter Umständen inhaltreiches) Schlusswort zugunsten des Schahregimes sein können. Drittens muss die tatsächliche „Schiefelage“ von Veranstaltung und Diskussion auch in ihrem „großen“ Zusammenhang gesehen werden: Die Bundesregierung und die offizielle Politik hatten sich bedingungslos auf die Unterstützung des Schahregimes festgelegt. Und d.h. konkret (wie weiter unten noch zu demonstrieren ist): Ausbau des iranischen Militärarsenals, Militärhilfe für die iranische Armee sowie Aufträge für Infrastrukturprojekte für deutsche Firmen – mit oft sehr fragwürdigem Nutzen. Insgesamt lief dies auf die Stärkung einer Militärdiktatur, nicht auf Demokratisierung hinaus – wie es dem Anspruch der Bundesrepublik entsprochen hätte. Außerdem war irgendeine Form von Zurückhaltung, Problematisierung und Bereitschaft zur Diskussion nicht ansatzweise zu spüren. Schließlich versuchte das Schahregime, dieses „Kapital“ für eigene Zwecke zu instrumentalisieren. Und das hieß konkret: Man wollte möglichst viel, ohne irgendwas zu bezahlen. Angesichts dieser Situation stellte eine Veranstaltung, die eine gewisse „Schiefelage“ zuungunsten des Schahregimes repräsentierte, nicht unbedingt ein Problem dar.

Problematisch ist aus der Rückblende etwas Anderes. Und das betrifft nicht so sehr das Fehlen eher zeittypischer Fragestellungen und Probleme, also die einfache Tatsache, dass Frauen nur am Rande „vorkamen“, die Veranstaltung stark durch Männer dominiert wurde und ökologische Themen überhaupt keine Rolle spielten. Nein – im Nachhinein frappt ein anderer Aspekt: Nur zehn Jahre nach dieser Veranstaltung beginnt im Iran eine revolutionäre Bewegung, in der religiöse Kräfte eine zentrale Rolle spielen, damit, das Schahregime anzugreifen und kann es schließlich im Februar 1979 stürzen. In der gesamten Veranstaltung wird dieses Problem von den Hauptrednern und Diskutanten mit keinem Wort angesprochen. Dies geht soweit, dass selbst das Wort Islam in keinem Beitrag ausgesprochen wird. Mit der einen Ausnahme des Beitrags des Arztes Arndt Bischoff – auf den allerdings kein anderer eingeht.

Bischoff war eine sehr „eigenwillige“ Persönlichkeit. In der NS- Zeit war er Mitglied der NSDAP gewesen. Nach 1945 hatte er allerdings eine andere Richtung eingeschlagen. Er hatte Theologie studiert und eng mit der christlichen Mission im Iran zusammengearbeitet – unter anderem mit der Christoffel-Blindenmission. Ihm schwebte vor, eine Art „Kibbuz“ an der Makranküste aufzubauen. In politischer Hinsicht war er für das Schahregime, da dieses aus seiner Sicht eine Art „Schutzwall“ gegen den Islam darstelle. Er war einer der wenigen Deutschen, die am folgenden Tag zusammen mit den „Jubelpersern“ den Schah vor dem Rathaus Schöneberg begrüßten. Diese – aus meiner Sicht – problematische Parteinahme für einen Militärdiktator ändert allerdings wenig daran, dass seine Thesen zur ethnisch - religiösen Vielfalt des Irans - und v.a. zum Islam - diskussionswert waren. Den iranischen Oppositionellen hätte es nur genutzt, wenn sie sich schon damals mit islamkritischen Positionen intensiver auseinander gesetzt hätten. Eine Unterstützung des Schahs musste daraus ja nicht folgen.

(Auszug aus: Harald Möller, 2014, Der Schahbesuch 1967 und „politische Theorie“. Was geschah am 1. und 2. Juni 1967 in Berlin und wie lässt es sich erklären? 19 Theorien und „Erklärungsansätze“, Bd. 1, Berlin [Logos Verlag])